

Bericht der Menschenrechtsdelegation aus Brüssel, Berlin, NRW und Hamburg

Zeitraum der Reise: 15.10.2010 - 25.10.2010

Orte: Istanbul, Diyarbakir, Van, Hakkari, Semdinli, Yüsekova

GesprächspartnerInnen: AnwältInnen, Vorsitzende von Anwaltskammern, BürgermeisterInnen, MenschenrechtlerInnen, BDP Parlamentsabgeordnete, BDP KommunalpolitikerInnen, Polizeibeamte, Angestellte von Stadtverwaltungen, Verein der Verschwundenen, Gefangenenhilfsverein, Frauenvereine

TeilnehmerInnen der Reise: erster Teil; Diyarbakir:

Andrej Hunko MdB, Jürgen Klute MdEP, Ingrid Remmers MdB, Bärbel Beuermann MdL NRW, Michael Knapp, Menschenrechtler, Delegierter der MdL Bärbel Beuermann, Britta Eder, Rechtsanwältin, Delegierte des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (RAV), Sinje Kätsch, Kunsttherapeutin, Julana Bredtmann, Politologiestudentin, Yilmaz Kaba, Die Linke Hannover und Martin Dolzer Soziologe und Wissenschaftlicher Projektmitarbeiter des MdB und MdP des Europarats Andrej Hunko.

zweiter Teil; Van, Hakkari, Semdinli, Yüsekova: Michael Knapp, Menschenrechtler, Delegierter der MdL Bärbel Beuermann, Britta Eder, Rechtsanwältin, Delegierte des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins (RAV), Sinje Kätsch, Kunsttherapeutin, Julana Bredtmann, Politologiestudentin und Martin Dolzer Soziologe und Wissenschaftlicher Projektmitarbeiter des MdB und MdP des Europarats Andrej Hunko.

Die momentane Situation in den kurdischen Provinzen der Türkei

Die aktuelle Lage in den kurdischen Provinzen der Türkei ist von gravierenden Menschenrechtsverletzungen, Repression und Kriegsverbrechen durch das türkische Militär und Sondereinheiten der Jandarma geprägt.

Trotz eines einseitigen, nur kurzzeitig aufgrund der andauernden Kriegs- und Repressionspolitik des türkischen Staates unterbrochenen, Waffenstillstands der PKK, finden seit Monaten fast täglich Militäroperationen und Übergriffe staatlicher Kräfte auf die Zivilbevölkerung statt. Im ersten Halbjahr 2010 kam es in diesem Rahmen zu mehr als 20 extralegalen Hinrichtungen durch staatliche und paramilitärische Kräfte und über 650 dokumentierten Fällen von Folter. In den letzten 5 Monaten häufen sich zudem Berichte über den Einsatz chemischer Waffen und postmortale Verstümmelungen durch das türkische Militär. Auch gelegte Waldbrände und der Einsatz von giftigen Entlaubungsmitteln wurden gehäuft dokumentiert.

Psychologische Kriegsführung wird als weiteres Mittel der Auseinandersetzung in unterschiedlich starker Ausprägung genutzt. Die Pressefreiheit wird immer wieder eingeschränkt. Folter und Übergriffe durch Polizei und Militär sind besonders in den Provinzen Hakkari, Sirnak, Dersim, Agri und Siirt an der Tagesordnung. Besonders davon betroffen sind JournalistInnen, MenschenrechtlerInnen und politisch Tätige. In Kleinstädten ist zusätzlich die systematische Belästigung und Vergewaltigung von Frauen durch Sicherheitskräfte ein großes Problem. (siehe Anhang 2; 11. Fall)

Die Realität, dass in den kurdischen Provinzen des Landes ein Grossteil der Bevölkerung durch

persönliche Kontakte oder in der langjährigen militärischen Auseinandersetzung gefolterte oder getötete Verwandte mit der PKK verbunden ist, lässt sich nicht leugnen. Auch dass die PKK sowie Abdullah Öcalan demzufolge in der Bevölkerung verankert sind und einen großen Rückhalt genießen, ist unübersehbar. Jede/r Politiker/in, die oder der sich ernsthaft mit der Situation auseinandersetzt oder versucht Zukunftsperspektiven zu entwickeln, muss mit dieser Realität umgehen.

Folglich ist die Forderung der BDP in einen Friedensdialog mit sämtlichen am Konflikt Beteiligten einzutreten, nur logisch und im Sinne eines Friedens zielführend. Zudem kann nicht als Straftat gewertet werden die Realität zu benennen. Den Konflikt offen zu analysieren und entsprechende Lösungswege aufzuzeigen, wird jedoch vom türkischen Staat kriminalisiert.

Diyarbakir/Amed 18.-20.10.2010

Nach den Kommunalwahlen im April 2009 starteten die türkischen Behörden eine seit den 1990er Jahren einmalige Repressionswelle gegen kurdische PolitikerInnen, MenschenrechtlerInnen und JournalistInnen. In diesem Rahmen wurden über 5000 Menschen festgenommen, mehr als 1700 von ihnen inhaftiert.

Am Montag den 18. Oktober 2010 fand vor dem 6. Schwurgericht in der kurdischen Metropole Diyarbakir/Amed der erste Verhandlungstag eines daraus resultierenden Gerichtsverfahrens gegen 151 Personen statt. Der Prozess ist vorerst bis Mitte November 2010 terminiert. Den Beschuldigten wird „Die Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation oder deren Unterstützung,“ sowie die „Gefährdung der nationalen Einheit“ vorgeworfen.

Die Anklageschriften basieren hauptsächlich auf nach den Verhaftungen konstruierten juristisch unhaltbaren Konstruktionen, die auf Telefonüberwachungen und dem Aushorchen von Versammlungen basieren. Vorgeworfen wird den Aktiven konkret der Aufbau von basisdemokratischen Strukturen in den Kommunen der kurdischen Provinzen oder Redebeiträge vor internationalen Gremien sowie das Empfangen internationaler Delegationen. Das wird als Mitgliedschaft in oder Propaganda für die KCK (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans)/PKK gewertet, da diese ähnliche Ziele, wie die von den Betroffenen artikulierten oder umgesetzten proklamieren.

Die Anklageschrift umfasst 7578 Seiten. Die geforderten Strafmaße betragen zwischen 15 Jahren und lebenslanger Haft. Unter den Beschuldigten befinden sich u.a. 12 gewählte und ehemalige BürgermeisterInnen, Murharrem Erbey, der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins IHD, der ehemalige Parlamentsabgeordnete Hatip Dicle, sowie JournalistInnen (u.a. Hamdiye Ciftci, die über Praktiken des „Tiefen Staates“ in Hakkari berichtete), Verwaltungsangestellte und ExpertInnen aus Hilfseinrichtungen für traumatisierte Frauen.

Insgesamt waren 160 Abgeordnete aus Landes- und Regionalparlamenten, zahlreiche AnwältInnen sowie Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen und Solidaritätsgruppen aus Europa zur Prozessbeobachtung angereist. Mehrere 10000 Menschen protestierten während der ersten Prozesswoche vor dem Gerichtsgebäude für die Freiheit der politischen Gefangenen. Die Umgebung war hermetisch von Polizisten in martialischer Ausrüstung, zum Teil mit Maschinengewehren im

Anschlag, abgeriegelt. Wasserwerfer, Räumpanzer und Militärfahrzeuge warteten in Nebenstraßen. Die Kundgebungen verliefen jedoch trotz mehrfachen Provokationen durch die Polizei friedlich und kraftvoll.

Die Öffentlichkeit wurde während der ersten Prozesstage weitgehend von der Teilnahme ausgeschlossen. Viele Menschen darunter AnwältInnen aus mehreren Europäischen Ländern wurde der Zutritt zum Prozesssaal verweigert. Der Antrag der Angeklagten sich in kurdischer Sprache zu verteidigen wurde seitens des Gerichts abgelehnt.

Insgesamt ist unübersehbar, dass die türkische Regierung seit den Kommunalwahlen 2009 in einem besorgniserregenden Ausmaß zu dem Mittel greift funktionierende kommunalpolitische Strukturen, sowie PolitikerInnen und AktivistInnen die internationale Öffentlichkeit erreichen, zu kriminalisieren und zu inhaftieren - oder in den von zunehmenden Militäroperationen betroffenen Provinzen (Hakkari, Sirnak, Dersim, Siirt, Agri) das Recht auf Leben zu attackieren (s.u.). Die Demokratische Gesellschaftspartei DTP (nach deren Verbot die Demokratische Friedenspartei BDP) hatte bei den Wahlen 99 Kommunen statt der vorherigen 58 in den kurdischen Provinzen der Türkei gewonnen. Der Prozess wird von AnalytikerInnen, dem Beschriebenen zufolge, als politische Machtdemonstration gewertet. Der ehemalige Abgeordnete Hatip Dicle erklärte in seiner Verteidigungsschrift: „Die Angeklagten repräsentieren das Volk. (...) Zu einem Zeitpunkt, an dem über eine Niederlegung der Waffen [der PKK] diskutiert und intensiv nach einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage gesucht wird, darf ein solcher Prozess nicht stattfinden.“

Die jetzt eröffneten Verfahren konterkarieren eine mögliche demokratische Entwicklung. Wenn der türkische Staat eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage anstrebt, müssen die ca. 1700 zu Unrecht verhafteten politisch Aktiven sofort frei gelassen werden. Die Konstruktion der Anklage ist eindeutig politisch motiviert. Das Vorgehen der Behörden von der Festnahme, über die Haftbedingungen bis zur Prozessführung ist unter juristischen Gesichtspunkten inakzeptabel. Türkisches und internationales Recht werden vielfach verletzt.

Der Türkische Staat kann die selbstbewusste politische Arbeit und Vertretung der kurdischen Bevölkerung anscheinend nicht akzeptieren. Viele Menschen vor dem Gerichtssaal brachten zum Ausdruck, dass die Beschuldigten ihre gewählten VertreterInnen sind. Protestierende machten immer wieder darauf aufmerksam, dass die PKK und die Bevölkerung eine Einheit sind, die keine Kraft der Welt trennen könne.

Die rege Beteiligung der internationalen Öffentlichkeit zeigt, dass internationale, humanistisch orientierte Kräfte aus unterschiedlichen politischen Spektren nicht gewillt sind einen derart gravierenden Eingriff in die Organisationsfreiheit und die Menschenrechte seitens des türkischen Staatsapparates tatenlos hinzunehmen. Die Regierungen in Europa sind dem entsprechend gefordert eine konstruktive Praxis und Außenpolitik für eine demokratische und friedliche Lösung der Kurdenfrage zu entwickeln.

Am 21.10.2010 wurde der Bürgermeister von Batman/Kozluk wegen vermeintlicher „Propaganda für eine verbotene Organisation“ zu 7 ½ Jahren Haft verurteilt. In mehreren kurdischen Städten kam es zeitgleich zu Hausdurchsuchungen Festnahmen kurdische AktivistInnen.

Das Problem der Geheimhaltungsverfügungen

Sowohl in vielen der jetzt verhandelten, wie in weiteren Fällen (s.u.), arbeitet die Staatsanwaltschaft bei Verhaftungen mit so genannten Geheimhaltungsverfügungen und versucht, auf diese Weise eine effektive Verteidigung unmöglich zu machen. Dies hat zur Folge, dass den Inhaftierten und ihren Verteidigern erst mit Eröffnung des gerichtlichen Hauptverfahrens, kurz vor Beginn der mündlichen Hauptverhandlung Akteneinsicht gewährt wird. Vorher sind der Tatvorwurf und die vermeintlichen Beweise meist unbekannt. Eine effektive Verteidigung wird so unmöglich gemacht.

Dies stellt eine gravierende Verletzung von Art. 5 Abs. 4 der EMRK dar, wonach bei Haftentscheidungen, wie Haftbefehlsverkündung oder Haftprüfung, der Verteidigung jedenfalls die Aktenteile zur Verfügung stehen müssen, die sie für eine effektive Stellungnahme zu den Vorwürfen benötigt, die Gegenstand des Haftbefehls und für die Frage der Rechtmäßigkeit der Inhaftierung wesentlich sind.

Politische kurdische Gefangene in der Türkei sitzen jedoch aufgrund dieser Geheimhaltungsverfügung oft für viele Monate, bis über ein Jahr, in Haft ohne ausreichend Akteneinsicht zu erhalten. So wird u.a. eine effektive Haftprüfung verhindert.

Auch bei Verfahren wegen Straftaten und Kriegsverbrechen von Sicherheitskräften findet diese Geheimhaltungsverfügung Anwendung - dort aber meist, um die Geschädigten und ihre AnwältInnen möglichst bis zum Abschluss (in mehr als 99 Prozent bedeutet das die Einstellung) des Verfahrens im Unklaren über die Identität der möglichen Täter und die Beweislage zu lassen.

Derartige Verfahren werden so oft über Jahre verschleppt.

Van/Wan 20.10.2010

Van/Wan ist die zweitgrößte kurdische Metropole, hat knapp 1 Million EinwohnerInnen und wird wie Diyarbakir/Amed von der BDP regiert. Van war eine der Kommunen die die DTP bei den Kommunalwahlen 2009 von der AKP gewann. Die Stadt liegt am Vansee auf einer Höhe von 1.719 Meter über dem Meeresspiegel. Der Vansee wird durch Flüsse und Bäche aus den umliegenden, über 4.000 m hohen Bergen gespeist. Die Fläche des Sees entspricht dem siebenfachen der Fläche des Bodensees. Historisch war die Stadt unter dem Namen Tuzba Hauptstadt des Reiches Urartu (von ca. 900 - 600 v. Chr.).

In der Provinz Van/Wan wurde seit den 1990 er Jahren ein großer Teil der Dörfer zerstört. Die Menschen flohen folglich in die Metropole und weitere Großstädte in den kurdischen Provinzen der Türkei, in die Metropolen der Türkei oder nach Europa. Die Provinz Van/Wan ist bis heute sehr stark von Militäroperationen betroffen. Im Rahmen der Repressionswelle seit April 2009 wurden zahlreiche KommunalpolitikerInnen und Verwaltungsangestellte festgenommen.

Der anhaltende Krieg hat die Landwirtschaft der Provinz weitgehend zum Erliegen gebracht, so dass ein Teil der Bevölkerung auf Schmuggel, in den- und aus dem Nahe gelegenen Iran angewiesen ist. Der Schmuggel u.a. von Benzin, der kaum für den Lebensunterhalt ausreicht, ist allerdings lebensgefährlich. Nach Auskunft von Menschenrechtsorganisationen sterben fast wöchentlich Menschen im Grenzgebiet durch Angriffe türkischer oder iranischer Soldaten. Auch hier werden immer wieder Fälle extralegalen Hinrichtungen dokumentiert. Große Teile der

Grenzregion sind zudem von Minen und herumliegender Munition verseucht, die regelmäßig Todesopfer fordern.

Die Situation der politischen Gefangenen

Die Situation in den Gefängnissen der Türkei ist von Menschenrechtsverletzungen geprägt. Immer wieder wird von Folter und Todesfällen berichtet. Viele Gefängnisse sind überbelegt. Angehörige werden bei Besuchen gezielt erniedrigt. Oft müssen sie sich nackt ausziehen und werden als Terroristen beschimpft. Nach einer Gesetzesreform vor einigen Jahren wurde Angehörigen verboten Nahrung in die Gefängnisse zu schicken oder mitzubringen. Seitdem haben Gefangene keine Möglichkeit angemessene Ernährung zu erhalten. Mangelerscheinungen und Krankheit sind die Folge. Die Gefängnisse sind überfüllt, die Räume oft verschimmelt, sowie im Sommer zu warm und im Winter zu kalt. Zudem sind die Gefängnisse meist nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Mandantengespräche von AnwältInnen werden in den überwiegenden Fällen abgehört.

Am 19.10.2010 starb der seit 1993 inhaftierte und schwer kranke politische Gefangene Rasim Gençer (40 Jahre), der wegen Mitgliedschaft in der PKK verurteilt wurde, an einem Herzinfarkt. Der Vater von 5 Kindern, war 1993 festgenommen und zu lebenslänglicher Haft verurteilt worden. Er blieb trotz eindeutiger Gutachten bezüglich seines lebensbedrohlichen Gesundheitszustands inhaftiert. Landesweit sind zurzeit mindestens 51 kurdische politische Gefangene tödlich erkrankt. Politischen Gefangenen wird grundsätzlich eine adäquate medizinische Versorgung verweigert.

In vielen Städten finden zurzeit Kampagnen für die Freilassung der kranken Gefangenen statt. In Van/Wan demonstrierten nach dem Tod Rasim Gencers mehrere tausend Menschen. Die Demonstration wurde von der Polizei angegriffen. Es kam zu mehreren beliebigen Festnahmen. In der gesamten Stadt sahen wir in den Seitenstraßen gepanzerte Polizeieinheiten, die zum Teil mit Maschinenpistolen ausgestattet waren.

Im Vorort Van/Bostancı formierten sich mehrere hundert Menschen zu einem Trauerzug. Die Beteiligten demonstrierten für Frieden und eine Demokratisierung der Türkei und brachten ihre Trauer um den Toten zum Ausdruck. Sie skandierten Parolen für die PKK und Abdullah Öcalan. Der Zug endete in einem Trauerzelt, in dem Redebeiträge gehalten wurden, in denen deutlich der Wunsch nach Frieden sowie der Anerkennung der Rechte der kurdischen Bevölkerung zur Sprache kam. Insgesamt war die Stimmung voller Trauer und Kraft. Mütter berichteten der Delegation von ihren im Krieg gefallenen Kindern sowie ihrer Enttäuschung über die Rolle der Regierungen Europas, die den in Europa kaum öffentlich wahrgenommenen Vernichtungskrieg gegen die kurdische Bevölkerung und die Guerilla unterstützen. Immer wieder wurde gefragt ob die Verantwortlichen das Leid der Bevölkerung nicht wahrnehmen oder „lediglich“ ignorant agieren würden.

Provinz Hakkari/Colemerg 21.-23.10.2005

Zurzeit praktizieren Militär, Paramilitärs und staatliche Kräfte in der Provinz Hakkari/Colemerg, ähnlich wie auch in den Provinzen Sirnak, Dersim, Siirt und Agri Taktiken der psychologischen Kriegsführung und physischen Vernichtung im Rahmen von Militäroperation, extralegalen Hinrichtungen und Bombenanschlägen. Zusätzlich kommt es täglich zu Bedrohungen und Folter. Die Herstellung internationaler Öffentlichkeit wird in der gesamten Provinz Hakkari mit Sanktionen von Repression bis hin zu lebensbedrohenden Vorgehensweisen quittiert.

Besonders hervorheben möchten wir folgende Ereignisse:

1. Anschlag auf einen Reisebus in Hakkari

Am Morgen des 16.09. explodierte um ca. 9.00 Uhr Morgens eine fern gezündete Antipanzermine in der Nähe des Dorfes Geçitli/Peyanis unter einem Reisebus. 9 Insassen, sämtlich DorfbewohnerInnen, wurden getötet. Die Mine stammte aus deutscher Produktion. Staatlicherseits wurde der Anschlag zunächst der PKK zugeschrieben, die sich sofort distanzierte und ein solches Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung verurteilte.

Recherchen von Menschenrechtsorganisationen zufolge ergeben sich folgende Fakten:

Die BewohnerInnen von Geçitli/Peyanis, vormals Dorfschützer, haben vor einiger Zeit ihre Waffen niedergelegt und sich der BDP angeschlossen. Beim Verfassungsreferendum hatten 99% der DorfbewohnerInnen den seitens der BDP ausgerufenen Boykott unterstützt.

Die Art des verwendeten Sprengsatzes, sowie am Tatort zurückgelassene Rucksäcke von Spezialeinheiten der Türkischen Armee, welche Sprengsätze, Kabel und Anleitungen aus Militärbesitz enthielten, die die Bevölkerung sicherstellte, legen die Vermutung nahe, dass Kräfte aus dem Militär den Anschlag begingen.

Der Tatort befindet sich auf einer übersichtlichen Ebene, die in sämtlichen Richtungen von Militärstützpunkten umgeben ist. In der Entfernung von wenigen hundert Metern des Tatortes befinden sich Dorfschützerstationen, die direkten Blick auf den Tatort zulassen.

Nach der Detonation wurde ein Funkspruch der türkischen Armee abgehört, in dem thematisiert wurde, dass die Täter ihre Ausrüstung am Tatort zurückgelassen hätten und sofort abholen müssten, bevor sie jemand fände. Die Bevölkerung des Dorfes war jedoch zuvor an den Tatort geströmt und hatte die o.g. Beweise sichergestellt. 40 Minuten später kamen Soldaten zum Tatort, schossen mehrfach in die Luft und versuchten die Taschen in Besitz zu nehmen. Die Bevölkerung übergab die Taschen jedoch erst nach eingehender Dokumentation durch MenschenrechtlerInnen, direkt der Staatsanwaltschaft.

Aussagen zufolge ging eine Woche vor der Tat ein Befehl des Militärs an die Dorfschützer, eine Gruppe die sich in der Region bewegen würde, nicht zu behelligen. Obwohl der Tatort innerhalb von drei Minuten per Hubschrauber aus Hakkari/Colemerg erreichbar ist und bis dahin bei jeder Sichtbarkeit von Unbekannten das türkische Militär mit Luftunterstützung sofort vor Ort war, blieben Maßnahmen dieser Art am Tag des Anschlags aus. Der Gouverneur von Hakkari erklärte dazu: „Ich verstehe auch nicht warum die Armee sich so verhielt.“ Die in der Nähe des Tatorts

stationierten Dorfschützer waren Augenzeugenberichten zufolge, außergewöhnlicher Weise seit einer Woche vor der Tat nicht mehr in der Nähe des Tatorts gesehen worden.

Nach dem Anschlag erörtert die Bevölkerung des Dorfes mittlerweile geschlossen die Region zu verlassen, da ihre Sicherheit nicht mehr garantiert ist.

2. Übergriffe in Hakkari/Semdinli

1. Fall

Am 15.09.10 umstellten Spezialeinheiten des Militärs und der Polizei das Haus des BDP Bürgermeisters der Stadt Hakkari/Semdinli, Sedat Töre und eröffneten das Feuer. Das Haus wurde von Kugeln durchsiebt. „Sicherheitskräfte“ aus den Reihen des Militärs verhafteten und folterten gleichzeitig einen Verwandten des Bürgermeisters. Soldaten verhöhnten ihn: „Du hast Sedat Töre unterstützt, jetzt soll er kommen und dir helfen.“ Dabei stiegen sie auf seinen Kopf und quetschten diesen.

2. Fall

Ein Taxifahrer wurde willkürlich wegen einer vermeintlichen Straftat im Rahmen einer Beerdigung von Guerillas am 21.08.2010 in Semdinli festgenommen. Er wurde so schwer gefoltert, dass er vier Tage stationär im Krankenhaus behandelt werden musste. Trotz seiner, durch ein Überwachungsvideo erwiesenen Unschuld, das ihn in seinem Taxi zum Tatzeitpunkt an einem anderen Ort zeigte, ist er bis Heute inhaftiert. Wie in vielen weiteren Fällen wurde über diesen Fall von der Staatsanwaltschaft eine Geheimhaltungsverfügung verhängt. Eine effektive Verteidigung wird auf diese Weise verhindert.

3. Fall

Am 21. Oktober beschossen Militäreinheiten bei einer Razzia im Dorf Ortaklar nahe Semdinli aus Skorpion-Panzerfahrzeugen Dorfbewohner und Häuser. Sie verletzten dabei den 16 Jährigen Izzet Demir schwer am Kopf.

4. Fall

Am 08.09.2010 schoss ein Offizier des türkischen Militärs bei Protesten dem 15 jährigen Jugendlichen Enver Turan gezielt in den Kopf. Der Junge verstarb wenige Wochen später. Der Gouverneur von Hakkari verteidigte die Tat des Offiziers: „Ein Unteroffizier, der Opfer eines Angriffes mit Steinen geworden war, stieg aus seinem Auto aus und verteidigte sich mit Schüssen in die Luft. Aufgrund dessen wurde eine Person durch eine Kugel am Kopf verletzt.“ Augenzeugen berichten dagegen, dass der Offizier ohne wirkliche Not aus dem Auto ausstieg, beliebig eine Zielperson wählte und schoss. Die Ermittlungen gegen den Offizier werden verschleppt. Aufgrund einer Geheimhaltungsanordnung (s.o.) werden keine Informationen über das Verfahren herausgegeben.

3. Festnahmen von PolitikerInnen

In Hakkari Stadt wurden in den letzten drei Monaten zahlreiche PolitikerInnen und GewerkschafterInnen und JournalistInnen festgenommen. Darunter der ehemalige stellver-

tretende Bürgermeister, Bülent Armut und die engagierte Menschenrechtsjournalistin Hamdiye Ciftci. Im Fall Bülent Armut wurde ebenfalls eine Geheimhaltungsverfügung verhängt, die beinhaltet, dass ihm der Grund seiner Inhaftierung bisher nicht mitgeteilt wird.

4. Bombenanschlag auf das Parteibüro der BDP in Yüksekova/Gever

Einen Tag nachdem TeilnehmerInnen der Delegation ein Büro der BDP in Yüksekova/Gever besuchten verübten unbekannte Täter am 22.10.2010 einen Bombenanschlag auf dieses Büro. Allem Anschein nach handelt es sich dabei um einen Racheakt aufgrund internationaler Kontakte. Ein Fahrzeug wurde zwischen einer verlassenen Moschee und dem BDP Gebäude geparkt. Auf ähnliche Weise war 2005 ein Anschlag auf eine Moschee in Semdinli/Semzinan verübt worden, den die Delegation am selben Tag vor Ort dokumentiert hatte.

Es entstanden bei dem jetzigen Anschlag glücklicherweise lediglich Sachschaden und eine Massenpanik.

Dieser Bombenangriff ist als Teil einer nicht hinnehmbaren psychologischen Kriegsführung gegen die - und einem ausgedehnten Angriff auf die Zivilbevölkerung zu sehen.

Hintergründe zur Situation

In der Provinz Hakkari/Colemerg besuchten wir die Städte Şemdinli/Şemzinan, Yüksekova/Gever und Hakkari/Colemerg. In der Provinz Hakkari/Colemerg finden seit Monaten ausgeweitete Militäroperationen statt. In den letzten Wochen stationiert das türkische Militär große Truppenkontingente an der irakischen und iranischen Grenze. Es wird eine Offensive vor dem Winter befürchtet.

Der von der BDP proklamierte Boykott des Referendums zur Verfassungsänderung, wurde in der Provinz Hakkari von über 90% der Bevölkerung getragen. Ministerpräsident Erdogan bezeichnete Hakkari darauf hin als feindliches Gebiet, das „befreit“ werden müsse. Der türkische Staat versucht hier allem Anschein nach, u.a. aufgrund des einseitigen Waffenstillstands der PKK, eine Vernichtungspolitik gegenüber der Guerilla umzusetzen und die Bevölkerung durch gezielte systematische Übergriffe in Angst und Schrecken zu versetzen oder aus bestimmten Regionen zu vertreiben. Entlang der Grenze werden 141 neue Militärstützpunkte errichtet. Die Anzahl der Straßen- Kontrollpunkte wurde erhöht. Fälle Erniedrigender Behandlung durch Soldaten gegenüber der Bevölkerung haben dort ebenso zugenommen wie insgesamt oft tödliche Übergriffe durch „Sicherheitskräfte“ (s.o). Besonders hoch und besorgniserregend ist in der Provinz Hakkari die Anzahl der inhaftierten und gefolterten Kinder und Jugendlichen.

So wird versucht ein Klima der Einschüchterung und Repression in der gesamten Region zu erzeugen. In den letzten 2 Monaten verließen mehr als 87 Familien aus diesem Grund die Stadt Hakkari/Colemerg.

1. Hakkari/Colemerg Stadt

Nach Colemerg/Hakkari führt nur eine Straße. Um die Stadt zu erreichen muss ein Kontrollpunkt passiert werden an dem Jandarma, Polizei und Geheimdienst stationiert sind und wenn gewollt

martialisches und rabiatisches Auftreten. Der Kontrollpunkt ist für seine anhaltende Folterpraxis bekannt.

Die Stadt wird von der BDP regiert. Bürgermeister ist Dr. Fadil Bedirhanoglu. Gegen ihn laufen derzeit fünf Gerichtsverfahren. Seine Vorgänger wurden ebenfalls kriminalisiert, zum Teil des Amtes enthoben und zu Haftstrafen verurteilt. Bedirhanoglu wurde mit 80% der Stimmen gewählt. Hakkari hat 90000 EinwohnerInnen und lediglich einen Jahreshaushalt von 10-11 Millionen YTL. Das entspricht in etwa 5 Millionen Euro. Das Geld für ein im Bau befindliches Krankenhaus wurde staatlicherseits gestoppt. Eine zivilgesellschaftliche Organisation aus Frankreich wollte den Weiterbau des Krankenhauses finanzieren. Auch das wurde staatlicherseits verhindert. Der Ausbau der Kanalisation wird auf finanzieller Ebene blockiert. Ein besonderes Problem ist dabei die Berglage der Stadt, die diesen verteuert.

Projekte des Menschenrechtsvereins IHD, wie zum Beispiel eines zur Errichtung eines Zentrums für Traumaaufarbeitung, werden vom Gouverneur finanziell geblockt.

In der gesamten Provinz werden LandwirtInnen in unzähligen Fällen die Weiderechte und somit die Existenzgrundlage entzogen.

Semdinli/Semzinan

Auch Semdinli ist eine Stadt, die von Repression, extralegalen Hinrichtungen und Militäroperationen gezeichnet ist. Neben den o.g. Ereignissen erfuhren wir von mehreren Fällen von schwer Verletzten Opfern von Minenexplosionen, durch vom türkischen Militär verlegte Minen.

Semdinli ist der Schauplatz von durch Todesschwadronen begangenen Verbrechen. Beispiel dafür ist, neben den o.g. Anschlag auf eine Moschee im Jahr 2005, der Anschlag auf die Umut Bücherei, der am 9.11.2005 von Agenten des Geheimdienstes Jitem, der dem "tiefen Staat" zuzurechnen ist, als Handgranatenanschlag durchgeführt wurde. Als die zwei Handgranaten explodierten, waren drei anwesende Mitarbeiter gerade beim Essen. Einer wurde durch Schrapnelle tödlich, ein anderer schwer verletzt. Der Mitarbeiter Seferi Yilmaz konnte fliehen. Die Bevölkerung von Semdinli stellte die Täter in couragierter Art, die gerade ihr Fluchtfahrzeug bestiegen hatten. Dabei stellten sie eine große Menge an Dokumenten, wie Todeslisten, Attentatspläne, Handgranaten aus deutscher Produktion und eine große Menge anderer Waffen sicher. Die Täter wurden so gestellt und der Polizei übergeben. Als Folge dieses Ereignisses blockierten die BewohnerInnen 15 Tage die Stadt.

Die Täter wurden zunächst vor ein Zivilgericht gestellt und zu 15 Jahren Haft verurteilt. Daraufhin wurde der Prozess einem Militärgericht übergeben. Generalstabschef Yasar Büyükanit gab die Linie des Verfahrens vor, indem er die Mörder als "gute Jungs" lobte. Das Verfahren wurde verschleppt, die Mörder freigelassen. Sie haben, bei einem solchen Prozedere wahrscheinlich keine Verurteilung oder Konsequenz ihrer terroristischen Aktivitäten zu befürchten.

Der Anschlag galt dem Buchladen wahrscheinlich, weil Seferi Yilmaz, der bei der ersten Guerillaaktion der PKK am 15.08.1984 teilgenommen hatte - und dafür bereits eine 15 Jahre lange Haftstrafe verbüßte - auch weiterhin als widerständiger Mensch gesehen wurde. Sein Name stand auf einer Todesliste, die die Bevölkerung im Auto der Täter sicherstellte.

Die Buchhandlung, deren Decke und Boden durch Explosionskrater bzw. Schrapnelleinschläge immer noch die Spuren des Anschlags trägt, ist auch heute noch Ziel von Repression. So wurde Seferi Yilmaz nach dem Anschlag selbst mit Klagen konfrontiert, häufig bedroht, die Buchhandlung observiert und seine Wohnung nahezu monatlich durchsucht und verwüstet.

Zynisch zeigte sich die türkische Justiz ebenfalls, als sie das neue Schild der Bücherei, in der in Trauer um den Anschlag ein Fragezeichen mit Handgranate abgebildet ist, zum Anlass für ein Strafverfahren mit dem Vorwurf "Des Lobens von Straftätern" gegen Seferi Yilmaz eröffnete.

Yüksekova/Gever

Yüksekova/Gever hat mit den umliegenden Dörfern ca. 200000 EinwohnerInnen. Die Stadt ist wie Hakkari/Colemerg und Semdinli/Semzinan BDP regiert und hat die gleichen Probleme der Benachteiligung BDP regierter Kommunen. Sämtliche Finanzentscheidungen müssen vom Gouverneur genehmigt werden. Hier ist die kurdische Bewegung momentan sehr stark. Seitens der BDP wird ein gezielter infrastruktureller Aufbau der Stadt, sowie Traumaarbeitungs- und Bildungsarbeit betrieben. Die Menschen setzen sich entschlossen für einen gleichberechtigten Friedensdialog ein.

Ein ehemaliges Foltergefängnis wurde in eine Bibliothek umgewandelt, um ein Zeichen für eine Konfliktheilung auf geistiger Ebene zu setzen.

Aus Kasernen im Stadtgebiet starten häufig Hubschrauber zu Militäroperationen. Nahezu jede Familie beklagt getötete GuerillakämpferInnen und gefolterte, extralegal hingerichtete oder verschwundene Familienmitglieder. Entsprechend hoch ist das Widerstandspotential. Nach Übergriffen der Polizei oder des Militärs kommt es regelmäßig zu Straßenschlachten zwischen der organisierten Jugend und der Polizei. Die Polizei, die in anderen Städten der Provinz die Bevölkerung tyrannisiert, traut sich das hier nicht in einem derart großen Ausmaß.

Istanbul 23.-25.10.2010

Auch in Istanbul wurden im Rahmen der Repressionswelle seit April 2009 mehrere hundert politisch Tätige Menschen festgenommen. Besonders davon betroffen war hier die Jugend. Aus den nahe der Stadt gelegenen Gefängnissen wird immer wieder von Mißhandlungen und Folter berichtet.

Die Baris Annerle/Friedensmütter

Die Friedensmütter setzen sich nicht nur für Frieden ein, sie stehen exemplarisch für ein ständiges dialogisches Engagement für die Demokratisierung der Türkei. Im Grunde zeigen sie die Einfachheit eines Ausweges aus der „festgefahrenen“ Konfliktsituation auf.

Die Initiative der Friedensmütter setzt sich für eine Beendigung der kriegerischen und blutigen Auseinandersetzungen in der Türkei ein. Ein Wahlspruch der Mütter von im Bürgerkrieg gefallenen Soldaten und Guerillas ist: „Mütter kommt, lasst uns Mütter uns gegenseitig an der

Hand nehmen, lasst uns verhindern, dass unsere Kinder weiter sterben, sodass wir nicht mehr weinen müssen. Lasst uns dafür wirken, das Töten zu beenden.“ Der Aufruf richtet sich an alle Mütter, auch die der türkischen Soldaten.

Die Einsicht der Friedensmütter ist, dass nur friedliche und demokratische Prozesse eine Gesellschaft verändern können. Aus der Erfahrung der meisten kurdischen Familien mit der Vertreibung aus den eigenen Dörfern und dem Tod vieler Familienangehöriger begrüßen sie die immer wieder ausgerufenen einseitigen Waffenstillstände der PKK. Durch zahlreiche Aktionen wie Besuche bei politischen Verantwortlichen in der Türkei und der gesamten Welt sowie Gespräche mit Intellektuellen, SchriftstellerInnen und KünstlerInnen, sowie den Kontakt mit Frauenvereinen in der Türkei und die Herausgabe der Zeitschrift „Peace“ machen sie auf ihr Anliegen und die „kurdische Tragödie“, wie sie die Situation selbst nennen, aufmerksam.

Über Jahre hinweg versammelten sich die Friedensmütter auf einem zentralen Platz in Istanbul und demonstrieren dort. Sie wurden sowohl dabei, wie auch bei den Versuchen, mit türkischen PolitikerInnen oder Armeeingehörigern zu sprechen, des Öfteren brutal von Polizisten zusammengeschlagen oder verhaftet und gefoltert. Das hindert die Mitglieder der Gruppe allerdings nicht an der Fortsetzung ihrer Friedensinitiativen.

Die Forderungen der Friedensmütter sind:

- der sofortige Stopp aller militärischen Aktionen, um das Leben der Kinder zu schützen,
- die Gewährung und Umsetzung des Rechtes auf Lernen und Nutzen der Muttersprachen aller Bevölkerungsgruppen,
- die Umsetzung der Presse- und Meinungsfreiheit als Basis für Demokratie und Toleranz,
- die Ausweitung des einseitigen Waffenstillstandsangebots durch die kurdische Bewegung in einen auch vom türkischen Staat zu proklamierenden, beidseitigen Waffenstillstand,
- eine Generalamnestie für alle politischen Gefangenen und die noch in den Bergen befindlichen Einheiten der Guerilla als Voraussetzung für Frieden,
- die Aufhebung des Dorfschützersystems,
- ein Rückkehrrecht für Vertriebene in ihre Dörfer,
- die Beendigung der Repressionen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen als Voraussetzung für Demokratisierungsprozesse,
- die juristische Aufarbeitung von Folter, Vergewaltigungen und Morden,
- die Aufklärung der Fälle von Verschwindenlassen
- und die Beendigung der Waffenlieferungen aus Europa

Yakay Der

Yakay Der ist der Verein zur Unterstützung der Angehörigen der Verschwundenen. Besonders in den neunziger Jahren verschleppten und töteten Einheiten des Geheimdienstes Jitem mehr als 10000 Menschen, die größtenteils bis Heute Verschwunden blieben.

In den letzten Jahren werden in den kurdischen Provinzen der Türkei immer wieder Massengräber entdeckt. In den letzten zwei Jahren nahmen Praktiken die denen der neunziger Jahren ähnlich sind erneut zu. Dazu gehören auch extralegale Hinrichtungen und Vertreibungen aus Dörfern.

Yakay Der hat mehrere tausend der über 10000 Fälle von Verschwindenlassen dokumentiert und strebt eine Aufarbeitung des Geschehenen und gesellschaftliche Konfliktheilungsprozesse an.

Fazit

Wenn die Bundesrepublik, die EU und die UN an einer friedlichen Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts ernsthaft interessiert sind, müssen sie sich aktiv für einen Friedensdialog und die Aufarbeitung geschehenen Unrechts einsetzen. Nicht hinnehmbar ist, dass im ersten Halbjahr 2010 mehr als 20 extralegale Hinrichtungen, über 650 Fälle von Folter, sowie diverse Bombenanschläge durch Sicherheitskräfte und Militär verübt wurden, 1700 legal arbeitende PolitikerInnen und Aktive inhaftiert und mit einem Prozess konfrontiert sind und sich Kriegsverbrechen, wie der Einsatz chemischer Waffen und die Verstümmelung von Toten, häufen. In den Provinzen Hakkari, Dersim, Sirnak, Siirt und Agri wenden Militär und Staat zudem illegale Praktiken des „Schmutzigen Krieges“ an. Auch das ist nicht hinnehmbar.

Die Straflosigkeit der Täter aus staatlichen Kreisen (siehe auch: Die Studie „Closing Ranks against accountability barriers to tackling police violence in Turkey“, von Human Rights Watch), sowie die Rechtlosigkeit der von Menschenrechtsverletzungen und Justizwillkür betroffenen Personen, z.B. durch Geheimhaltungsverordnungen der Staatsanwaltschaft und die Verschleppung oder das Ablehnen der Eröffnung von Verfahren, sind ebenfalls ein weit verbreitetes Problem.

Ziel der im türkischen Parlament mit 20 Abgeordneten vertretenen BDP ist seit geraumer Zeit der Aufbau von föderalen und regionalen Selbstbestimmungsstrukturen. Die Rechte der kurdischen Bevölkerungsgruppe und sämtlicher, regionaler, ethnischer und religiöser Minderheiten sollen in diesem Modell gestärkt werden. Die Türkei könnte durch eine solche Vielfalt einen neuen Zugang zu kulturellem Reichtum bekommen. Statt Separatismus wird seitens der KurdInnen und deren politischen VertreterInnen auf die Demokratisierung des Landes gesetzt. Das wurde in sämtlichen geführten Gesprächen deutlich.

Der erneute einseitige Waffenstillstand der PKK sollte seitens der türkischen Regierung und den Regierungen in Europa als Chance begriffen werden. Ein erster unabdingbarer Schritt ist, dass auch die türkische Seite sich dem Waffenstillstand anschließt. Die friedlichen Entwicklungen z.B. in Südafrika und südamerikanischen Ländern haben gezeigt, dass zunächst die Logik der Bekämpfung von oppositionellen Bewegungen auch im internationalen Rahmen überwunden werden muss, um positive Schritte zu ermöglichen. Eine Bedingung dafür ist die Einbeziehung der PKK und Abdullah Öcalans in einen Dialog.

Wenn Menschen die Situation vor Ort nicht erlebt haben, ist das seitens der KurdInnen erfahrene Leid nicht leicht vermittelbar. Wir hoffen, dass dies mit unserem Bericht zumindest teilweise gelungen ist. Die Mehrheit der türkischen wie auch der kurdischen Bevölkerung hat eine große Sehnsucht nach Frieden. Verantwortungsbewusste PolitikerInnen sind dazu aufgerufen, dementsprechend zu handeln.

Trotz der ungeheuren Repression und Verbrechen seitens des türkischen Staates, sowie der staatlichen Benachteiligung der seitens der BDP regierten Kommunen, hat sich das kulturelle und politische Selbstbewusstsein eines großen Teils der kurdischen Bevölkerung in den letzten Jahren derart entwickelt, dass die selbstbestimmten Schritte der Demokratisierung und sinnvoller Kommunalpolitik nicht mehr zurück zu drängen sein werden. Assimilation und Verleugnung von Realitäten sind keine vernünftigen Lösungswege.

Wichtige, notwendige Schritte sind deshalb:

- Die Freilassung der mehr 1700 Inhaftierten, darunter zum Teil gewählte PolitikerInnen
- Die Beendigung der systematischen Übergriffe auf die Zivilbevölkerung durch Militär und staatliche Kräfte (besonders in den Provinzen Hakkari, Sirnak, Dersim , Siirt, Van und Agri
- Ein beidseitiger Waffenstillstand
- Dialogische Gespräche aller Beteiligten
- Amnestieregulierungen
- Die juristische Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen
- Die sofortige Beendigung der Kriegsverbrechen durch das türkische Militär
- Die Aufklärung sämtlicher Kriegsverbrechen durch eine internationale Kommission
- Die Aufhebung des Dorfschützersystems
- Die Förderung kommunaler und zivilgesellschaftlicher Projekte
- Der Wille der internationalen Regierungen von der Bekämpfungslogik gegenüber der PKK Abstand zu nehmen und deren Friedenswillen als positive Chance zur friedlichen und demokratischen Entwicklung der Türkei zu begreifen.

Eine derartige Entwicklung wäre ein wichtiger Schritt zu einer langfristigen Demokratisierung des Mittleren Ostens.

Anhang 1:

Schreiben an die Türkische Botschaft in Berlin, in Kopie an: Herrn José Manuel Barroso/Präsident der Europäischen Kommission, Herrn Botschafter Dr. Eckart Cuntz/Dt. Botschaft Ankara, Herrn MdB Krichbaum/Vorsitzender des EU-Ausschusses im Bundestag

Absender:

MdB Andrej Hunko;

ähnliche Schreiben wurden von MdEP Jürgen Klute, MdB Ingrid Remmers, MdL NRW Hamide Akbayir und MdL NRW Bärbel Beuermann gesandt

Aktuelle Vorkommnisse in der Türkei

Sehr geehrter Herr Botschafter,

Seit dem 15. Oktober dieses Jahres befinden sich Europaparlamentarier/innen, deutsche Bundestagsabgeordnete und Landtagsabgeordnete sowie RechtsanwältInnen zu Recherchezwecken sowie menschenrechtlichem Monitoring in der Türkei.

Als einer der Partizipierenden möchte ich Sie mit diesem Schreiben auf besorgniserregende Vorkommnisse und Entwicklungen aufmerksam machen:

Zurzeit findet in Diyarbakir ein Prozess gegen 151 Politiker/innen der im türkischen Parlament vertretenen BDP (Demokratische Friedenspartei) und gegen türkische Menschenrechtler/innen statt. Insgesamt wurden seit April 2009 im Rahmen einer Verhaftungswelle 1.700 Politiker/innen und Menschenrechtler/innen festgenommen, darunter Bürgermeister/innen, ehemalige Parlamentarier/innen und Frauenrechtlerinnen. Die nach unseren Recherchen anlasslose Kriminalisierung ist in diesem Ausmaß einmalig in der Geschichte der Türkei. Auf diese Weise wird eine demokratische und friedliche Entwicklung des Landes, wie sie notwendig ist, verunmöglicht.

In der Provinz Hakkari (ebenso wie in den Provinzen Sirnak, Dersim, Siirt und Agri) finden seit Wochen, trotz einseitigem Waffenstillstand seitens der PKK, ausgedehnte Militäroperationen statt. In diesen Regionen herrscht eine ähnliche Situation wie in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Es findet ein systematischer Angriff auf die Zivilbevölkerung statt. Im ersten Halbjahr 2010 wurden mehr als 600 Fälle von Folter, 20 extralegale Hinrichtungen sowie zum Teil systematische Vergewaltigungen durch Sicherheitskräfte von Menschenrechtsorganisationen dokumentiert. Ein großes Problem ist dabei die Straflosigkeit der Täter.

Zu diesem Ergebnis kommt auch eine entsprechende Studie von Human Rights Watch (Closing Ranks against accountability barriers to tackling police violence in Turkey).

In mehr als zehn Fällen gibt es deutliche Hinweise auf den Einsatz verbotener Chemiewaffen durch die türkische Armee.

Ein besonders erschreckender Vorfall stellt der Anschlag auf einen Minibus nahe Hakkari/ Geçitli dar. Sämtliche Indizien wie auch Augenzeugenberichte deuten hier auf eine Täterschaft aus

Kreisen der türkischen Armee hin. Neun Zivilist/innen starben bei diesem Anschlag, darunter Frauen und Kleinkinder.

Das Haus des Bürgermeisters von Semdinli wurde im letzten Monat von Soldaten des türkischen Militärs mit Kugeln regelrecht durchsiebt, gleichzeitig ein Verwandter des Politikers schwer gefoltert.

Einen Tag nachdem Teilnehmer/innen der Delegation ein Büro der BDP in Hakkari/Yüksekova besuchten, verübten unbekannte Täter am 22.10.2010 einen Bombenanschlag auf das Büro. Allem Anschein nach handelt es sich dabei um einen Racheakt aufgrund internationaler Kontakte des Büros.

Sehr geehrter Herr Botschafter,

ich protestiere hiermit aufs Schärfste gegen die genannten Vorgehensweisen und bitte Sie alles im Rahmen Ihrer Möglichkeiten liegende zu tun, die türkische Regierung dazu zu bewegen sich an internationale menschen- und kriegsrechtliche Regulierungen zu halten.

Wir bitten Sie dafür Sorge zu tragen, dass Arbeit und Recherche internationaler Delegationen erfolgen kann, ohne dass die Bevölkerung wie auch PolitikerInnen mit Repression oder lebensbedrohlichen Racheakten sanktioniert werden.

Zudem ist für eine friedliche und demokratische Entwicklung der Türkei ein Dialog und keine Zuspitzung des militärischen Konfliktes notwendig.

Anhang 2:

Kriegsverbrechen

Schon seit Beginn der neunziger Jahre nutzt das türkische Militär illegale Kriegspraktiken, wie den Einsatz chemischer Waffen und die Verstümmelung gefallener GuerillakämpferInnen. Zwischen 2001 und 2009 gab es seltener Berichte darüber. In den letzten Monaten haben sich derartige Dokumentationen erneut besorgniserregend gehäuft.

Einige Beispiele:

1. Fall (Chemiewaffen)

Nahe der türkisch-irakischen Grenze, in der Provinz Hakkari, wurden zwischen dem 8. und 15. September letzten Jahres 8 Menschen – nach Betrachtung aller zugänglichen Fakten - Opfer eines Einsatzes von chemischen Kampfmitteln durch das türkische Militär.

Augenzeugen berichteten von dem Vorfall und beschrieben, dass Soldaten gasförmige, allem Anschein nach chemische Kampfstoffe in Form von Geschossen in eine Höhle in der Nähe der türkisch-irakischen Grenzstadt Cukurca (Provinz Hakkari) einbrachten und wenige Zeit später mehrere Menschen, Mitglieder der Guerilla der PKK, aus dieser Höhle bargen. Einige der bereits leblosen Körper wurden daraufhin zusätzlich von Panzerfahrzeugen überfahren und/oder erschossen.

Aus einem Gutachten eines Rechtsmedizinischen Instituts der Universitätsklinik Eppendorf in Hamburg im Zusammenhang mit dem Augenzeugenbericht können wir schließen, dass gegen die 8 von der türkischen Armee getöteten Personen mit großer Wahrscheinlichkeit chemische Waffen eingesetzt worden sind.

Menschenrechtler aus der Region hatten unserer vorletzten Menschenrechtsdelegation im März 2010, unter anderem Delegierten von Bundestags- und Landtagsabgeordneten und WissenschaftlerInnen, die Augenzeugenberichte übermittelt und Fotos aus dem Zeitraum kurz nach der Obduktion übergeben. Die Fotos sind nach Ansicht des Bildfälschungsexperten Hans Baumann authentisch. Bei einer Begutachtung fand Baumann keinerlei Hinweise auf eine Manipulation der Aufnahmen. Lichtverhältnisse, Details der Leichen und Kameradaten seien konsistent und in dieser Form praktisch nicht fälschbar. Nach weiterer Recherche können wir davon ausgehen, dass es sich bei den Toten um Rizgar Askan, Aziz Özer, Ramazan Yildiz, Kahraman Şex Ali, Yahya Musazade, Salih Güleç, Aliye Timur und Hanife Ali, im Alter von 19 bis 33 Jahren handelt.

2. Fall (Chemiewaffen)

Am 06. Juli 2010 wurden nahe der Stadt Hakkari Semdinli zwölf Guerillas bei einer militärischen Auseinandersetzung getötet. Die Leichen sind sämtlich auf eine unbeschreibliche Art und Weise aufgequollen wie Wasserleichen. Es handelt sich allerdings nicht um Wasserleichen. Es besteht ein

erheblicher Verdacht, dass chemische Substanzen oder Waffen prä- oder postmortal zum Einsatz gekommen sind. Bei einem der Toten wurde der Kopf abgetrennt, bei weiteren Toten andere Körperteile verstümmelt. Fotos der Leichen sind vorhanden. Der Obduktionsbericht wurde bisher von der Staatsanwaltschaft nicht herausgegeben. Eine Klage und eine weitere Obduktion der Toten, sowie die Begutachtung der Fotos werden etwaig von MenschenrechtlerInnen angestrebt. In der Türkei haben derartige Klagen jedoch kaum eine Chance auf Erfolg.

3. Fall (Folter, Vergewaltigung und Tötung nach Festnahme)

7 Kilometer von Hakkari entfernt wurde am 06. August, mehreren übereinstimmenden Augen- und Ohrenzeugenberichten zufolge, eine zuvor mit drei weiteren Guerillas in ein Gefecht mit dem türkischen Militär verwickelte Frau, wahrscheinlich von Mitgliedern des Geheimdienstes Jitem, der für über 17.000 extralegale Hinrichtungen in den letzten Jahrzehnten verantwortlich gemacht wird, gefoltert, vergewaltigt und schließlich getötet. Es wurde beobachtet wie die Guerillaangehörige nach einem Gefecht, bei dem die drei weiteren Guerillas starben, nach ihrer Festnahme zu einem Platz in der Natur vor Hakkari Stadt gebracht wurde. Anschließend hörten mehrere Zeugen immer wieder fürchterliche Schreie und die Worte: „Tut das nicht, nein tut das nicht.“ Daraufhin brachte ein Konvoi von drei Autos der „Sicherheitskräfte“ die Betroffene an einen anderen Ort. Am folgenden Tag wurde die nun Tote mit den weiteren Guerillas in der Leichenhalle aufgebahrt. Eine Obduktion der Toten wird im Gegensatz zu den weiteren drei bis heute verweigert. Bei in Augenscheinnahme durch Mitglieder des Menschenrechtsvereins IHD wurden Spuren von Folter und einer Vergewaltigung erkannt. Hierbei handelt sich um einen schwerwiegenden Verstoß gegen die Genfer Konventionen und die Menschenrechte.

Die Augenzeugen nahmen nach Bedrohungen durch Mitglieder des Geheimdienstes Jitem und Staatsbedienstete ihre vor Menschenrechtsorganisationen getätigten Zeugenaussagen zurück.

4. Fall (Verbrennungen und Verstümmelungen)

Sevdin Nergiz wurde in Batman/Beşiri am 08.08.10 mit vier anderen Guerillas vom türkischen Militär getötet. Alle Leichen waren bis zur Unkenntlichkeit verbrannt. Sie wiesen des Weiteren Schussverletzungen und abgerissene Körperteile, bzw. herausgerissene Eingeweide auf. Sevdin Nergiz war bis zum Unterschenkel hin vollständig verbrannt, bzw. geschwärzt, seine Eingeweide befanden sich nicht mehr in seinem Körper, ein Arm fehlte vollständig. Ein Augenzeuge berichtete, dass die ganze Nacht über am Ort des Geschehens Schüsse zu hören waren. Das ganze Gebiet wurde mit Leuchtspurmuniten erleuchtet. Später waren große Flammen zu sehen. Am Morgen nach dem Gefecht konnte der Zeuge beobachten, wie sich die Soldaten um die Gefallenen versammelten und die leblosen Körper mit Schüssen durchsiebt wurden.

Ob die Verletzungen durch Flammenwerfer, chemische oder anderen Waffen herbeigeführt wurden, lässt sich nur durch die Untersuchung des Falls von Seiten einer unabhängigen Kommission feststellen. Auch der Einsatz von Flammenwerfern verstößt gegen die Konvention zum Einsatz besonders grausamer konventioneller Waffen (CCW), die die Türkei 2008 in Oslo unterzeichnete. Der Gouverneur von Batman sprach präventiv von falschen Anschuldigungen bezüglich einer Benutzung chemischer Waffen, ohne dass diese Anschuldigungen erhoben worden sind.

5. Fall (Postmortale Verstümmelungen, Chemiewaffen)

An dem Leichnam von Özgür Daghan, der am 05.06.2010 getötet wurde, waren Verstümmelungen und wahrscheinlich Verätzungen zu sehen. Im Vorhinein waren Angehörigen Bilder des Toten in unverstümmelten Zustand gezeigt worden. Bei der Abholung der Leiche war sein Körper verbrannt, sogar seine Knochen waren wie geschmolzen, sein Schädel zertrümmert. Auf die Frage nach der Ursache der Verstümmelungen erklärte ein anwesender Staatsanwalt gegenüber Verwandten: „Was erwartest du für einen Terroristen, der gegen den Staat gekämpft hat.“

Zweierlei wird in diesem Fall deutlich: 1. Der Staatsanwalt hatte anscheinend Wissen darüber, was postmortal mit der Leiche geschah 2. Die Vertreter des Staates können sich oft selbst bei gravierenden Menschenrechtsverletzungen oder Kriegsverbrechen darauf verlassen, straflos zu bleiben. In diesem und weiteren Fällen kommt zu dem Kriegsverbrechen die Anwendung psychologischer Kriegsführung durch Erniedrigung.

Die traumatisierenden Folgen davon konnten wir bei mehreren Gesprächen mit betroffenen Verwandten wahrnehmen.

6. Fall (Extralegale Hinrichtung in Caldıran)

Das Dorf Buğulukaynak/Kel liegt 130 km nördlich der zweitgrößten kurdischen Metropole Van (ca. 1 Million EinwohnerInnen) nahe der Stadt Çaldıran (15.000 EinwohnerInnen).

Hier richteten Sondereinheiten des türkischen Militärs (Özeltim) am 7. Oktober 2009 drei junge Menschen zwischen 17 und 20 Jahren auf brutalste Weise extralegal hin. Einheiten der Jandarma hatten sie während einer Razzia im Dorf, auf der Flucht festgenommen. Zwei der Hingerichteten waren Guerilla, einer ein jugendlicher Dorfbewohner. Die Soldaten der Jandarma übergaben die Gefangenen noch am Ort der Festnahme den Sondereinheiten, die sie dann, nach bestialischer Folter in einer Schlucht (ca. 500m vom Dorf entfernt gelegen) mit Gewehrsalven hinrichteten.

Die Jugendlichen waren nach übereinstimmenden Aussagen mehrerer Augenzeugen unbewaffnet. Der Tathergang konnte aufgrund von über 30 Metern verteilten Blutspuren und Körperresten ziemlich detailliert rekonstruiert werden. Bei den Leichen wurden die Finger und Schädel zertrümmert. Dorfbewohner berichteten von mehreren Gewehrsalven, die eine Weile nach der Verschleppung der Opfer, aus Richtung der Schlucht zu hören waren. Dutzende Soldaten beobachteten das gesamte Geschehen. Einer von Ihnen berichtete anonym darüber.

Er sagte unter anderem, dass die beiden Guerilla zu den Sondereinheiten sagten, dass sie sie selbst zwar töten könnten, den siebzehnjährigen Ibrahim Atabay aber in Ruhe lassen sollten, ihn nicht foltern oder töten sollten, da er unschuldig sei.

Die Familienmitglieder, die ihre Angehörigen nach längerer Ungewissheit über den Aufenthalt der Leichen sehen konnten berichteten, dass deren Körper, über die beschriebenen Folterspuren hinaus von Kugeln durchsiebt waren.

Ein Mahnmal, das die DorfbewohnerInnen zum Andenken an die Ermordeten in der betreffenden Schlucht errichteten, wurde auf Weisung des türkischen Innenministers, Besir Atalay, von 730

Jandarma mit Hilfe eines Baggers unter „Bewachung“ mit schweren Geschützen und Panzern eingerissen.

Die Familie Atabay ist wegen Errichtung des Mahnmals mit einem Gerichtsverfahren konfrontiert. Die Akte mit dem Vorwurf der extralegalen Hinrichtung gegen die Täter, wurde unterdessen vom Gericht geschlossen. Die betroffene Familie lebt seitdem in ständiger Angst vor weiteren Morden. Die Mitglieder der Familie wurden seit der Tat mehrmals von unterschiedlichen Sicherheitskräften und Militärs bedroht. Zudem werden sämtliche Häuser des Dorfes zwischen einmal in der Woche und einmal im Monat, jeweils von einem großen Aufgebot von „Sicherheitskräften“ durchsucht.

Auf eine Parlamentsanfrage der Abgeordneten Fatma Kurtulan, antwortete das Innenministerium, den erwiesenen Tatsachen widersprechend, der 17jährige Schüler Ibrahim Atabay wäre 34 Jahre alt, PKK Kader und bewaffnet gewesen.

7. Fall (Waldbrände - Entlaubungsmittel)

Ein großes Problem sind in den Provinzen Diyarbakir, Hakkari, Siirt und Dersim seitens des Militärs gelegte Waldbrände und der Einsatz von Entlaubungsmitteln. Auch hier besteht der Verdacht, dass unerlaubte chemische Substanzen eingesetzt wurden.

Ärzte haben z.B. in Hakkari die Vermutung, dass die Kräuter, die in der Region wachsen und von der Bevölkerung von April bis Juni geerntet werden, stark vergiftet sind. Eine Folge davon könnte sein, dass die Magenkrebsrate in den letzten Jahren um 100% angestiegen ist. Früher wurden die Kräuter als Medikament genutzt. Ärzte in Ankara und Hakkari haben empfohlen, die Kräuter nicht mehr zu essen. Für einen großen Teil der Bevölkerung sind sie jedoch derart essentiell, dass sie nicht auf das Sammeln verzichten wollen. Die Durchfallrate ist nach Auskunft von Ärzten in Hakkari ebenfalls stark angestiegen. Ein entsprechendes Dokument liegt beim örtlichen Gericht vor. Es besteht der Verdacht, dass die Ebene von Bercelan, sowie weitere Orte stark verseucht sind. Von hier kommt das Trinkwasser der Stadt.

Wegen einer Beschwerde gegen die Nutzung von Chemiewaffen durch das türkische Militär in Hakkari/Bercelan vor einigen Monaten war der Vorsitzende des IHD, Ismael Akbulut, drei Monate im Gefängnis von Bitlis inhaftiert. Vorwurf war die vermeintliche Erniedrigung des türkischen Militärs und Propaganda für eine [verbotene] Organisation. Danach wurde er wegen Mangels an Beweisen frei gelassen. Delegationen aus Europa, die versuchten in der Region vor Ort diesbezüglich zu recherchieren, wurden bisher regelmäßig von Militär und Polizei daran gehindert.

8. Fall (postmortale Verstümmelung)

Am 19.08. wurden mehrere Guerillas von Soldaten und Dorfschützern in Ercis bei Van angegriffen. Zwei von ihnen wurden umgebracht, die Leichen postmortal verstümmelt. Die Betroffenen wurden, nachdem sie schon Tod waren, mit etlichen Schüssen weiter verstümmelt und mehrere hundert Meter über den Boden geschleift. Ein Dorfbewohner, der als Augenzeuge Angaben über das Geschehen machte, wurde sofort festgenommen.

9. Fall (Chemiewaffen)

In der 27000 EinwohnerInnen zählenden, nahe Siirt gelegenen Stadt Pervari wurden am 6. Juli 2010 zehn Guerillas verbrannt und zerstückelt. Die Staatsanwaltschaft übergab daraufhin nur 2 der Leichen den Familien. Die restlichen 8 wurden unter Nichteinhaltung der üblichen 15 Tagesfrist zur Identifikation sofort begraben. Aufgrund der Sichtung der Leichen durch MenschenrechtlerInnen und vorhandener Fotos, besteht ein berechtigter Verdacht, dass das türkische Militär auch in diesem Fall chemische Waffen eingesetzt hat. Die Staatsanwaltschaft hat die Autopsieberichte, wie in solchen Fällen üblich, nicht herausgegeben.

Hintergründe:

Pervari wird von mehreren Dorfschützerclans beherrscht. 47 Menschen die der BDP zugerechnet werden, u.a. da sie keinem der Clans angehören, wurden in den letzten Monaten verhaftet. Dorfschützer und Soldaten verlegen in Nutzwäldern und Bergregionen rund um die Stadt regelmäßig Minen. Diese werden auch ohne Kartographie in sogenannten Sicherheitszonen verlegt. Diese Praxis fordert häufig Verletzte und Tote. Ein Soldat bekannte sich gegenüber MenschenrechtlerInnen dazu, dass Minen in Sicherheitszonen aus angeblichen „Sicherheitsgründen“ verlegt werden. Das bedeutet einen Verstoß gegen die Konventionen von Ottawa.

Eine Delegation hatte im August 2010 geplant, nach Pervari zu fahren, um dort die näheren Umstände bezüglich eines möglichen Chemiewaffeneinsatzes zu recherchieren. Es gab jedoch konkrete Verdachtsmomente dafür, dass in einem solchen Fall ein Minenanschlag auf das Delegationsfahrzeug verübt werden könnte. Zudem wäre Einschätzungen unserer GesprächspartnerInnen vor Ort zufolge jeder Mensch, der mit der Delegation gesprochen hätte, im Nachhinein weder seiner Freiheit noch seines Lebens sicher gewesen.

Durch seitens des Militärs gelegte Waldbrände wurden in den letzten Monaten in der Provinz Siirt mehr als 50 000 Hektar Wald zerstört. Soldaten und Polizisten behinderten in vielen Fällen das Löschen der Brände. In den Regionen, in denen die Waldbrände gelegt wurden, verlegten Militär und Dorfschützer Berichten zufolge ebenfalls Minen.

10. Fall (Chemische Substanzen)

In einem Landwirtschaftsbetrieb in Yüksekova wies Baumobst in diesem Jahr ungewöhnliche Veränderungen auf. Bei einer Untersuchung in einem Labor außerhalb der Türkei wurden hohe Konzentrationen ungewöhnlicher chemischer Substanzen nachgewiesen.

11. Fall (Systematische Vergewaltigungen)

Die Vergewaltigungsrate hat u.a. in der Provinz Siirt in letzter Zeit immens zugenommen. Die Spitze des Eisbergs: Ein stellvertretender Schuldirektor und mehr als 20 weitere Verdächtige, darunter Soldaten, Sicherheitskräfte und AKP Mitglieder haben mindestens 7 SchülerInnen über 4 Jahre systematisch im Zimmer des Schuldirektors unter Bedrohungen vergewaltigt. Der Gouverneur kommentierte Proteste von kurdischen Frauenorganisationen, indem er sagte dass

sie keine Protestaktionen machen sondern sich prostituieren sollten. Vergewaltigungen werden seit Jahren im Rahmen von Assimilationspolitik und der politischen Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung in mehreren Regionen systematisch angewandt.

12. Fall (Hirte Dersim)

Am 12.08.10 war der Hirte, Fikri Karakuş, aus Skorsky- und Kobrahubschraubern in Dersim/Pülümür angegriffen und schwer verletzt worden. Nachdem er um 17.00 von Helikoptern überflogen worden war, während er sein Vieh weidete, wurden er und seine Herde bombardiert obwohl es offensichtlich gewesen sein muss, dass er ein ziviles Ziel darstellte. Er erklärte: „Ich war in der Nähe eines Felsen mit meinen Lämmern und saß im Schatten, die Helikopter überflogen uns mehrfach. Ich hatte einen Hund und einen Esel dabei. Plötzlich flogen die Kobra Helikopter auf mich zu. Als sie anfangen in meine Richtung Bomben zu werfen, versteckte ich mich unter einem Felsen und wartete. Dabei wurde ich verletzt und fiel in Ohnmacht. Ich wurde auf der Alm gefunden und ins Krankenhaus gebracht.“ Das Bombardement dauerte Berichten zufolge mindestens 2 Stunden an. Auf dem Weg ins Krankenhaus wurden die ihn Transportierenden vom Kommandanten des Kocatepe Militärstützpunktes bedroht. Dieser sagte: „das ist ein Terrorist, der soll sterben, lasst ihn.“ Mittlerweile befindet sich der verletzte und schwer traumatisierte Hirte im Krankenhaus von Elazığ in stationärer Behandlung. Splitter sind in sein linkes Bein eingedrungen, große Körperflächen verbrannt.

Wir fordern die umgehende Aufklärung sämtlicher dieser Verbrechen durch eine unabhängige internationale Kommission. Sie verstoßen gegen die Menschenrechte und die Genfer Konventionen und sie nicht hinnehmbar.